

20 Abgeordnete in den USA

Die Trump-AfD-Allianz nimmt Verfassungsschutz ins Visier



AfD-Fraktionsvize Markus Frohnmaier (34) wird von der Jugendorganisation der Republikaner in New York geehrt

Foto: Bernd Weißbrod/dpa



Peter
Tiede



Josef
Forster

13.12.2025 - 14:03 Uhr

Artikel anhören

1x

-03:06

Berlin – Die AfD treibt ihre Vernetzung mit Donald Trumps Republikanern voran.

Gemeinsamer ins Visier nehmen könnten sie Bundesregierung und Verfassungsschutz – wegen deren Anti-AfD-Kurs.

Teil der Strategie: Rund 20 AfD-Abgeordnete reisen in die USA. Ihr Ziel: eine politische Allianz mit Trumps Partei – und Rückendeckung gegen Brandmauer und Verfassungsschutz.

AfD-Fraktionsvize Markus Frohnmaier (34) sagte in BILD: „Wir werden auch über die Brandmauer und die Beobachtung des Verfassungsschutzes sprechen. Wir wissen, dass das autoritäre Klima in Deutschland bei unseren amerikanischen Partnern für große Irritationen führt.“ Rückenwind erhält die Partei durch die neue Sicherheitsstrategie der USA. Darin heißt es, man wolle „Widerstand“ in der EU fördern – gemeint sein könnten auch EU-kritische, nationalistische Parteien wie die AfD. Ihre Klagepunkte sind klar: Ausgrenzung durch die Brandmauer in deutschen Parlamenten und die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Heißt: Die Politik der Bundesregierung sowie die Arbeit des Inlandsnachrichtendienstes sollen direkt in den Fokus der Trump-Partei gerückt werden – besonders, weil Bundeskanzler Friedrich Merz (70) und SPD-Chef Lars Klingbeil (47) jede Zusammenarbeit mit der Rechtsaußen-Partei strikt ausschließen und Verfassungsschutzpräsident Sinan Selen (53) die Partei weiter beobachtet.

Sollte ein AfD-Verbotsverfahren Fahrt aufnehmen, hätte die US-Regierung bereits Strafmaßnahmen vorbereitet, schätzt Sicherheitsexperte Peter Neumann (51, King's College London). Bei „Markus Lanz“ sagte er: „Ich bin mir hundertprozentig sicher, dass man in Amerika das ganz genau beobachtet, was mit dem AfD-Verbot passiert. Und dass man bereits jetzt über Instrumente verständigt hat, was Amerika machen könnte, wenn das tatsächlich in Gang gesetzt würde.“ Als Beispiele nannte er Sanktionen und die Androhung von Strafzöllen.

„Die Bundesregierung sollte sich jetzt schon überlegen, wie sie auf eine US-Einmischung reagieren könnte“, sagte der Sicherheitsexperte Neumann im Podcast von BILD-Vize Paul Ronzheimer.



Sinan Selen ist Chef des Verfassungsschutzes

Foto: Kay Nietfeld/dpa

► Benjamin Höhne (46, TU Chemnitz) sagt zu BILD: „Die neue US-Sicherheitsstrategie stärkt die Rechtsaußenkräfte in Europa.“ Laut Höhne sei denkbar, „dass der Verfassungsschutz auch von der US-Seite angegriffen wird, um ihn zu diskreditieren.“

► Professor Stefan Marschall (56, Uni Düsseldorf): „Man erhofft sich aber sicher auch Unterstützung im Kampf gegen die Brandmauer – eine Unterstützung, die seitens Trump und seiner Regierung schon mehr oder weniger verblümt in Aussicht gestellt worden ist.“

Unklar ist, was eine Allianz zwischen AfD und Republikanern für die deutsche Wirtschaft bedeuten könnte. Zuletzt hatte der Verband der Familienunternehmer harte Kritik einstecken müssen, weil er sich für den Austausch mit AfD-Politikern ausgesprochen hat. Die Deutsche Bank mit Christian Sewing (55) an der Spitze hatte dem Verband ihren Mietvertrag storniert. Auch solche AfD-Kritiker könnten zur Zielscheibe werden.

Haben Sie eine Meinung zu diesem Artikel? Hier können Sie uns schreiben.

Haben Sie Fehler entdeckt? Dann weisen Sie uns gern darauf hin.